

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

zur Aussprache über die Lage in der Golfregion

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die eigene Verantwortung an der Aufrüstung des Iraks einzugehen, die heute die ganze Welt in unvorstellbare Kriegsgefahr bringt und unter der besonders die Geiseln, die kuwaitische Bevölkerung und die benachbarten Völker zu leiden haben.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. jede Form von Rüstungsexport sofort und grundsätzlich zu untersagen;
2. die sofortige Einstellung sämtlicher personeller, logistischer und finanzieller Unterstützung für den Truppenaufmarsch am Golf zu veranlassen. Ein Einsatz von Bundeswehrsoldaten in der Krisenregion am Golf wird grundsätzlich ausgeschlossen;
3. a) jede Möglichkeit für eine friedliche Lösung des Konflikts am Golf zu nutzen und Krieg als politisches Mittel grundsätzlich auszuschließen,
b) eine konsequente und international verbindliche Boykottpolitik gegen den Irak zu unterstützen.

Bonn, den 14. November 1990

Frau Birthler, Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Krieg ist kein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten. Soldaten und Kriegsgerät schaffen keinen Frieden.

Die internationale Entspannung durch die Überwindung des Ost-West-Konfliktes darf nicht durch eine neue Nord-Süd-Konfrontation gefährdet werden.

In Anerkennung der Tatsache, daß Rüstungsexporte beider deutscher Staaten wesentlich zur militärischen Stärke des Iraks beigetragen und diesen dadurch zur völkerrechtswidrigen Annexion Kuwaits befähigt haben, hat die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für die friedliche Beilegung des Golfkonfliktes. Die setzt vor allem eine Politik der außenpolitischen Selbstbeschränkung, die Anerkennung eigener Schuld und die Wiedergutmachung gegenüber den darunter leidenden Völkern voraus.

Die Änderung einer bis heute betriebenen katastrophalen Politik, die nicht das gleichberechtigte und friedliche Miteinander der Völker zum Ziel hat, sondern in der wirtschaftliche Interessen Deutschlands im Vordergrund stehen, ist unbedingt notwendig.

Es gibt keine Alternative zum Frieden.